

Grundprinzipien der LSBT-Politik der AfD

- Zentrales Ziel ist der „Erhalt des eigenen Staatsvolks“. Daraus resultiert eine Politik für die „traditionelle Familie“ von Vater, Mutter, Kindern, gegen die „Ehe für alle“ und gegen das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.
- Die AfD identifiziert sich politisch mit der heterosexuellen Mehrheit, die von der homosexuellen Minderheit „unter Druck gesetzt“ werde. Daher lehnt sie Antidiskriminierungspolitik ab.
- Homosexuelle Beziehungen werden toleriert, solange sie zur Privatsphäre gehören.
- Kategorisch lehnt die AfD die Gender-Theorie ab und betrachtet sie als „Ideologie“. Sie lehnt entsprechend auch Gleichstellungspolitik oder den Equal Pay Day ab. Sie verteidigt stattdessen die Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit.
- Sexualerziehung soll in der Verantwortung der Eltern bleiben. Das Erziehungsziel der „Akzeptanz von LSBT“ wird abgelehnt und Sexualkundeunterricht als „Frühsexualisierung“ zurückgewiesen.
- Die AfD arbeitet gezielt mit Provokationen und Tabubrüchen.



Weitere Aspekte der LSBT-Politik der AfD

- Homonationalismus und Islamophobie: Muslime werden als homophobe Gewalttäter dargestellt (Frank Christian Hänsel, Berlin).
- Die Forderung nach Unisex-Toiletten für Transgender wird als „geisteskrank“ und „Ausdruck von Dekadenz“ bewertet (Beatrix von Storch, EU-Parlament).
- Die Regenbogenflagge ist für manche AfD'ler ein „rotes Tuch“. Es soll nicht an öffentlichen Gebäuden hängen; ein Abgeordneter hat eine Regenbogenflagge verbrannt.
- Die namentliche Erfassung von HIV-Infizierten wird gefordert (Ralph Weber, Mecklenburg-Vorpommern).
- In einer Asyl-Debatte um Gefängnisstrafen für Homosexuelle in den Maghreb-Staaten hat der AfD-Abgeordnete Gehlmann (Sachsen-Anhalt) dazwischengerufen: "Das sollten wir in Deutschland auch machen."

Stimmen aus der AfD

1. Leitantrag zum Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahl 2017

„Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich
Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.

Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.“

„Gender-Ideologie raus aus den Schulen – Frühsexualisierung stoppen

Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht, wie sie die sogenannte 'Sexualpädagogik der Vielfalt' praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar. Dadurch werden Kinder und Jugendliche – oft von schulfremden Personen und meist gegen den Willen ihrer Eltern – in ihrer sexuellen Identität verunsichert, überfordert und in ihren Schamgefühlen verletzt. Die AfD stellt sich daher allen Versuchen entgegen, durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle Familienbild zu beseitigen.“

(https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/03/2017-03-08_afd_leitantrag-bpt-btw-programm_mit-zeilennummern-1.pdf)

2. Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung

„Unter Familie verstehen wir die Verbindung aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen. (...) In unseren Kindern leben Familie, Volk und Nation fort.“

Wir wenden uns „gegen alle Versuche, andere Formen des Zusammenlebens und Sexualverhaltens gleichwertig neben Ehe und Familie zu stellen.“

„Wir wenden uns gegen das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften“

3. "Der Aktionsplan verpflichtet über 95 Prozent der Bevölkerung dazu, die abweichende Sexualität von weniger als 5 Prozent der Bevölkerung in extremer Weise zu berücksichtigen. Er legt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf Handlungsweisen fest, die ihrem *Empfinden von Normalität und Natürlichkeit* zuwiderlaufen. Dadurch wird die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einem *Druck ausgesetzt*, der die vermeintliche Entlastung von weniger als 5 Prozent der Bevölkerung nicht annähernd aufwiegt."

„Das Aktionsprogramm der Landesregierung verringert keine echte Diskriminierung, es verschafft Personen mit *abweichendem* Sexualverhalten und deren Verbänden eine nicht zu rechtfertigende *Überprivilegierung* und stellt die Grundlagen unserer Gesellschaft infrage.“

Daniel Roi, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, „Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen

Menschen (LSBTTI)" sofort beenden – Familien mit Kindern fördern statt sexueller Minderheiten!, 22.09.2016, <http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d0381aan.pdf>

4. "Das kann doch kein Erziehungsziel einer Schule sein, die Kinder dazu zu zwingen, diese sexuelle Andersartigkeit, die in vielen Fällen sexuelle *Perversität* bedeutet, nicht nur zu tolerieren, sondern positiv zu finden"

Björn Höcke, Landes- und Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, Rede in Heuthen / Eichsfeld am 23.9.2016, Video: <https://www.youtube.com/watch?v=RBTdgUZPqz0>

Das politische Umfeld

- In der CDU/CSU hat sich die Gruppe „Freiheitlich-konservativer Aufbruch in der Union“ (FKA) gegründet, die die gleichen Positionen wie die AfD vertritt.
- Eine Protestbewegung, die der AfD sehr nahe steht, sind die Pegida-Demonstrationen in Dresden und anderen Städten. Islamfeindlichkeit, Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen und Protest gegen die Gender-Theorie einen sie.
- Die „Demo für alle“ kann man als politische Vorfeldorganisation der AfD betrachten. Sie wird angeführt von Hedwig von Beverförde, die in vielen Organisationen mit Beatrix von Storch zusammenarbeitet. Die „Demo für alle“ versucht, gegen die Bildungspläne zu mobilisieren und gegen die Einführung der „Ehe für alle“. Beatrix von Storch verfügt über ein „Kampagnennetzwerk“ mit über 10.000 Adressen, das für Leserbriefproteste oder Online-Kampagnen effektiv genutzt werden kann.
- „Demo für alle“ folgt dem Vorbild des französischen „Manif pour tous“, das in vielen europäischen und lateinamerikanischen Ländern Ableger gegründet hat.
- Die Anti-Gender-Bewegung wird in vielen Ländern von der katholischen Hierarchie unterstützt, nachdem sie jahrzehntelang (seit 1995) im Vatikan ideologisch vorbereitet worden ist.
- In Deutschland unterstützen Bf. Voderholzer, Bf. Algermissen und Bf. Hanke Hedwig Beverfoerde und der Salzburger Wbf. Andreas Laun tritt sogar als Sprecher bei der „Demo für alle“ auf. Ebf. Koch hat sich jüngst mehrfach gegen die Eheöffnung ausgesprochen, zuvor auch Bf. Hofmann und Wbf. Schwaderlapp.
- In vielen Städten in Deutschland haben sich „Bündnisse für Vielfalt“ gegründet, die Gegendemonstrationen gegen die „Demo für alle“ veranstalten.